

gegen die Souveränität eines kleinen Staates verstoßen, indem sie rücksichtslos von einem Privileg Gebrauch gemacht habe, betonte Xu. RCh-Außenminister Chang Xiaoyan betonte, daß Taiwan sich um eine noch weitere Stärkung seiner Beziehungen mit Guatemala bemühen wolle, wobei es das moralische Recht auf seiner Seite wisse (ebd.).

Gleichzeitig besuchte RCh-Ministerpräsident Lian Zhan das benachbarte Nicaragua und wurde dort von der Präsidentin Violeta Chamorro in der Präsidentenresidenz in Managua empfangen.

Trotz abwiegelnder Kommentare von Seiten der Regierung Guatemalas scheint Taiwan über das Zugeständnis des mittelamerikanischen Staats an die VR China, sich künftig an die UNO-Resolution Nr. 2758 zu halten, beunruhigt zu sein. -we-

*(8)

Ausbau der Infrastruktur zwischen Yunnan und dem Indischen Ozean via Birma

Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten China und Birma/Myanmar, die lange Zeit gespannt waren, haben sich zumindest seit der Machtergreifung durch das SLORC-Regime im Jahre 1988 ständig verbessert: es kam zu zahlreichen Begegnungen auf höchster politischer Ebene, zu einer laufenden Erhöhung des Handels, zur Hilfe Chinas für den Telekommunikationssektor, zur Errichtung eines "wirtschaftlichen Vierecks" (China, Nordthailand, Myanmar und Laos), zu Vereinbarungen über den gemeinsamen Kampf gegen den Heroinhandel, zu Abgrenzungsvereinbarungen und nicht zuletzt auch zur Gewährung eines "Horchpostens" für China im Golf von Bengalen - und zwar im Bereich des Irrawaddy-Deltas sowie im südbirmanischen Hafen von Mergui (dazu C.a., 1993/5, Ü 2, 1994/4, Ü 2 und 1996/1, Ü 3).

Auch die Infrastruktur zwischen beiden Seiten wird laufend ausgebaut - ein Tatbestand, der vor allem das Mißtrauens Indiens immer wieder erweckt. China hilft beim Ausbau der beiden Haupttransportrouten zwischen Yunnan und dem Indischen Ozean/Golf von Bengalen, nämlich zum einen bei der Erneuerung der alten Birma-Straße, die schon während des Zweiten Weltkriegs als Nachschubroute nach Südchina gedient hatte und beim Bau der neuen, in-

zwischen weitgehend fertiggestellten Yunnan-Birma-Straße, die noch Mitte 1997 dem Verkehr übergeben werden soll. Die Straße, die von Kunming, der Hauptstadt Yunnans quer durch Hochgebirge führt und etwa in einer Entfernung von 500 km Luftlinie westlich von Kunming die birmanische Grenze erreicht, windet sich von dort aus durch Mittelgebirge und erreicht - ebenfalls nach Luftlinienabstand gemessen - 300 km weiter südwestlich die Stadt Mandalay, von wo aus dann eine Pflasterstraße bis hinunter nach Rangun führt.

Am 18. Januar 1997 wurde das rund 50 km lange Teilstück zwischen Hsenwi und Lashio (rund 200 km nordöstlich von Mandalay) dem Verkehr übergeben. Bei der Übergabezeremonie wurde mehrere Male betont, daß das Projekt einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Myanmar und der chinesischen Provinz Yunnan dienen solle (XNA, 21.1.97).

Auch über den Schiffsverkehr auf dem Mekong, der von den Chinesen in seinem nördlichen Abschnitt Lancang genannt wird, ist es zwischen Birma und China zu einer Einigung gekommen. Zwar bildet der Mekong/Lancang zwischen den beiden Staaten die Abgrenzung auf einer Strecke von lediglich 50 km; für eine reibungslose Durchfahrt ist es aber ebenfalls wichtig. Unterzeichnet wurde das Transport- und Schifffahrtsabkommen zwischen beiden Seiten am 7.1.97. -we-

Innenpolitik

*(9)

Die 5. Tagung des VIII. NVK

1997 beginnt das letzte Jahr der Amtsperiode des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) und der VIII. Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV). Vom 1.-14. März fand die 5. Tagung des VIII. NVK statt, gleichzeitig hielt das Nationale Komitee der VIII. PKCV seine 5. Tagung ab. Am Eröffnungstag (27. Februar) der PKCV-Tagung gab der stellvertretende Vorsitzende Ye Xuanping den Arbeitsbericht; auf der Schlußsitzung am 12. März hielt der PKCV-Vorsitzende Li Ruihuan, der als Nachfolger für den NVK-Vorsitzenden Qiao Shi im Gespräch ist, vor 1.773 Mitgliedern eine Rede. (RMRB, 13.3.97)

Zu Beginn der Tagung gedachten die Abgeordneten des zuvor verstorbenen Deng Xiaoping. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des VIII. NVK, Parlamentspräsident Qiao Shi, sprach in seiner Eröffnungsrede vor 2.808 Delegierten zum ersten Mal nach Deng Xiaopings Tod wieder vom Führungskern mit Jiang Zemin an der Spitze; vorher hatte er nur Deng, nicht aber Jiang erwähnt. Man müsse Trauer in Stärke verwandeln, so die Nr.3 in der Parteihierarchie, das Vermächtnis Dengs fortsetzen und sich noch enger um die Zentrale der Partei mit "Genossen Jiang Zemin als Kern" scharen. (RMRB, 2.3.97) Auch Ministerpräsident Li Peng, die Nr.2 nach Jiang Zemin, wies am Schluß seines Tätigkeitsberichts mit ähnlichen Worten auf die Führungsrolle Jiang Zemins hin. Man müsse Trauer in Stärke verwandeln und "unter der zentralen Führung der Partei mit dem Genossen Jiang Zemin als Kern" Deng Xiaopings Werk fortführen. Li Peng, dessen zweite Amtsperiode im nächsten Jahr ausläuft, kann auf dem IX. NVK nicht wiedergewählt werden.

Auf der Agenda der 5. Tagung des VIII. NVK stand die Prüfung und Billigung folgender Punkte:

- Tätigkeitsbericht der Regierung von Ministerpräsident Li Peng, (RMRB, 16.3.97)
- Bericht vom Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Chen Jinhua, über den Plan für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1997, (RMRB, 17.3.97)
- Bericht von Finanzminister Liu Zhongli über den Staatshaushaltsplan 1997, (RMRB, 17.3.97)
- revidiertes Strafgesetzbuch, (RMRB, 18.3.97)
- Landesverteidigungsgesetz, (RMRB, 19.3.97)
- Entscheidung über die Quotenregelung und Wahl der Delegierten für den IX. NVK, (RMRB, 15.3.97)
- Verfahren für die Wahl der Delegierten in der Sonderverwaltungszone Hong Kong (HKSAR) für den IX. NVK 1998, (RMRB, 15.3.97)
- Entscheidung, die Stadt Chongqing in der Provinz Sichuan zur provinzfür freien Stadt zu erheben, (RMRB, XNA, 15.3.97)
- Tätigkeitsbericht des Obersten Volksgerichtshofs, gegeben von Präsident Ren Jianxin (RMRB, 21.3.97; XNA, 12.3.97)
- Tätigkeitsbericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, gegeben von Ge-

neralstaatsanwalt Zhang Siqing (RMRB, 21.3.97; XNA, 12.3.97)

- NVK-Inspektionsbericht über die Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes, gegeben vom stellvertretenden NVK-Vorsitzenden Buhe (RMRB, 20.3.97; XNA, 11.3.97)
- Tätigkeitsbericht des HKSAR-Vorbereitungskomitees, gegeben vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Qian Qichen. (DGB, 11.3.97, in SWB, 14.3.97; RMRB, 20.3.97)

Den Arbeitsbericht des Ständigen Ausschusses des NVK gab dessen Vizevorsitzender Tian Jiyun. (S. RMRB, 20.3.97) Bei der Schlußsitzung hielt der NKV-Vorsitzende Qiao Shi eine Rede. (RMRB, 15.3.97)

Li Peng berichtet über die Arbeit der Regierung

Der Tätigkeitsbericht der Regierung, den Ministerpräsident Li Peng am 1. März gab, wurde am 14. März mit 15 Änderungen gebilligt. (Vollständiger Text in RMRB, 16.3.97; Zentrales Chinesisches Fernsehen, 1.3.97, in SWB, 3.3.97) Nach dem Ende der Tagung gab Li Peng eine halbstündige Pressekonferenz.

In seinem 33-seitigen Bericht behandelte Li Peng sieben Themenbereiche; sie lauteten:

- 1. Rückblick auf die Arbeit im Inland im Jahr 1996,
- 2. Den Schwung der volkswirtschaftlichen Entwicklung wahren,
- 3. Noch größere Schritte bei der Reform der staatseigenen Betriebe unternehmen,
- 4. Aktiv Wissenschaft und Technik, Bildung und Kultur sowie die verschiedenen sozialen Unternehmen entwickeln,
- 5. Die gesellschaftliche und politische Lage von Einheit und Stabilität konsolidieren und entwickeln,
- 6. Die reibungslose Übergabe der Macht in Hongkong und den ruhigen und sicheren Übergang garantieren und das große Werk der Einheit des Vaterlands vorantreiben,
- 7. Über die außenpolitische Arbeit.

Li Peng zeichnete ein positives Bild von der Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Das Bruttoinlandprodukt hat sich 1996 im Vergleich zu 1995 um 9,7% auf 6.770 Mrd. RMBY erhöht, 2% mehr

als geplant. Die Inflationsrate sank von 14,8% auf 6,1%; gerechnet hatte die Regierung mit 10%. Die Devisenreserven überstiegen 100 Mrd. US\$, ein neuer Rekord; der Außenhandel wuchs um 3,2% an, ausländische Investitionen betragen über 40 Mrd. US\$, und der internationale Tourismus brachte 10 Mrd. US\$ ein. Die Landwirtschaft verzeichnete mit 480 Mio. Tonnen Getreide eine neue Rekorde. Schwerpunkt der Arbeit im Wirtschaftsbereich und auch die vordringlichste Aufgabe der Regierung, so der Ministerpräsident, sei die Reform der staatseigenen Betriebe, die über 60% der Staatseinnahmen einbrächten. Die Zahl der vom Staat festgelegten Betriebe, die finanzielle Unterstützung von den Banken erhielten und mit Experimenten wieder schwarze Zahlen zu schreiben versuchten, solle von 300 im letzten Jahr auf 511 in diesem Jahr erhöht werden, und die Zahl der Unternehmensgruppen, die im Auftrag des Staats Reformen durchführten, von 57 auf 120. Der Staat müsse Maßnahmen ergreifen, um die Schuldenlast der Betriebe zu erleichtern. Schulden von staatlichen Betrieben aufgrund von Bankkrediten sollten in staatliche Investitionsfonds umgewandelt werden. Diese Umwandlung solle 1997 zunächst in der Kohle-, Wasser- und Elektrizitäts-, Wasserkraft- und der Militärindustrie abgeschlossen werden. Den über 240.000 kleinen staatseigenen Betrieben im ganzen Land, die meistens von Städten und Kreisen geleitet würden, sollte größerer Spielraum eingeräumt werden. Bei ihnen könnten Reformen wie "Reorganisation, Vereinigung, Fusion, kooperatives Aktiensystem, Leasing, die vertragsmäßige Übernahme der Betriebsführung und Versteigerung" durchgeführt werden.

Die Lage der öffentlichen Sicherheit bietet nach Li Pengs Aussage keinen Grund zum Optimismus. Der Kampf des "harten Zuschlagens" müsse unbedingt weitergeführt werden, um "häßliche Erscheinungen in der Gesellschaft" wie Pornographie, Glücksspiel oder Drogenkonsum zu bekämpfen und gegen Gewalt- und Drogendelikte, Verbrecherbanden, die Geheimgesellschaften ähnelten, und Banden von Rowdies vorzugehen. Als positive Erscheinungen, die es zu verstärken gelte, nannte der Ministerpräsident den "Aufbau einer sozialistischen Ideologie und Ethik" als "Kern des Aufbaus einer geistigen Zivilisation", "die Erziehung zum Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus" sowie "die revolutionären Traditionen und die vorzüglichen Traditionen der chinesischen Nation".

Nach den Ausschreitungen in Xinjiang im Februar dürften bei den Delegierten sicherlich auch Li Pengs Ausführungen über die Nationalitäten- und Religionspolitik gestoßen sein. Die regionale Autonomie für nationale Minderheiten sei zu verbessern und Nationalitätenkader bzw. fähige Leute auszubilden, damit sie ihre Wirtschaft und Kultur entwickelten. Alle "Äußerungen und Taten, die auf eine Spaltung des Vaterlands abzielen und die Einheit der Nationalitäten untergraben", seien entschlossen zu bekämpfen. Die Glaubensfreiheit des Bürgers sei zu respektieren, kein Mitbürger dürfe aufgrund eines Glaubens diskriminiert werden. Aber: "Wir sollten nach dem Gesetz unsere Kontrolle über Religionsangelegenheiten verstärken und die Religion so leiten, daß sie der sozialistischen Gesellschaft entspricht."

Die weitere Modernisierung der Verteidigung nannte Li Peng eine wichtige Garantie für den Wirtschaftsaufbau und für die langfristige Stabilität und Ruhe im Land. Den militärischen Industriebetrieben, die Verluste machten, müsse man aus ihrer schwierigen Situation heraushelfen. Wichtig sei auch "die Erziehung zur Landesverteidigung" in der Bevölkerung.

Im außenpolitischen Teil sah Li Peng eine wachsende Tendenz zur "Multipolarität" und warnte vor "Hegemonismus und Machtpolitik" und vor der sich weitenden Kluft zwischen Arm und Reich. Er hob die "strategische Partnerschaft" mit Rußland hervor, die auf das 21. Jh. abgestimmt sei. Mit den ASEAN-Ländern sei eine auf umfassenden Dialog gegründete Partnerschaft aufgebaut worden; die Zusammenarbeit mit europäischen Ländern habe auf vielen Gebieten positive Resultate erzielt; nach ziemlich großen Rückschlägen erlebten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen wieder eine zunehmende Verbesserung und Entwicklung; und bei den chinesisch-japanischen Beziehungen, die in der Vergangenheit gestört gewesen seien, erhoffe man sich eine normale Entwicklung.

Generalstaatsanwalt und Oberster Gerichtspräsident legen Tätigkeitsberichte vor

Bei den Abstimmungen über den Tätigkeitsbericht des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft gab es deutlichen Protest; selten hat es so viele Gegenstimmen und Enthaltungen auf einer

NVK-Tagung gegeben. Dem Bericht des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs, Ren Jianxin, stimmten 1.839 Delegierte zu, 515 stimmten mit nein, 331 enthielten sich, 35 wählten nicht. Den Bericht von Generalstaatsanwalt Zhang Siqing billigten 1.621, 675 lehnten ihn ab, 390 enthielten sich, und 34 wählten nicht. (SCMP, 15.3.97) Mit ihrem Abstimmungsverhalten wollten die Abgeordneten ihrer Verärgerung über die Korruption der Amtsträger, den Verfall von Recht und Ordnung, das Versagen der Justiz bei der Bekämpfung von Gewalt- und Wirtschaftsverbrechen und des Drogenhandels sowie über die unzureichende Anwendung existierender Gesetze Ausdruck verleihen. Bei Bekanntgabe dieser Abstimmungsergebnisse ging ein lautes Raunen durch die Große Halle des Volkes. Das letzte Mal hatten die Delegierten 1995 ihren Unmut über die Regierung mit massiven Gegenstimmen bei der Wahl des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jiang Chunyun geäußert: 1.746 Ja-Stimmen (63,4%) standen 605 Nein-Stimmen und 401 Enthaltungen bzw. Nicht-Wähler gegenüber.

Zhang Siqing gab in seinem Bericht an, daß seine Abteilung im letzten Jahr 61.099 Fälle von Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder und Erwerb von Vermögen aus nicht identifizierbaren Quellen untersucht habe. Durch die Untersuchungen habe man 6,78 Mrd. RMBY wiederbekommen. Fast die Hälfte der Vergehen seien "größere Fälle" gewesen, eine Zunahme um 7,7% im Vergleich zu 1995. Darunter habe es 156 Fälle von Korruption gegeben, bei denen es um mehr als 1 Mio. RMBY gegangen sei, und fünf Fälle von Veruntreuung sollten "Skandale" genannt werden, weil die Summen 100 Mio. RMBY überstiegen. Auch die Zahl der Fälle, in die leitende Kader verwickelt seien, sei angestiegen. 1996 habe man gegen 13.530 Beamte in Partei- und Regierungsstellen, Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsabteilungen ermittelt, eine Zunahme um 3,5% im Vergleich zu 1995. Gegen 2.699 höhere Kader liefen 1996 Ermittlungen, 10% mehr als 1995. 961 würden vor Gericht gestellt werden. (RMRB, 21.3.97; XNA, 12.3.97; SCMP, 10.3.97)

Ren Jianxin berichtete, daß 1996 die Gerichtshöfe 5,26 Mio. Fälle behandelt hätten, was einen Anstieg um 15,82% im Vergleich zu 1995 bedeute. In den 572.058 Fällen von Verbrechen seien über 265.000 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von fünf Jahren und mehr bis

zur Todesstrafe verurteilt worden. 2.148 seien nach dem Prozeß freigelassen worden. (RMRB, 21.3.97; XNA, 12.3.97; SCMP, 10.3.97)

Revidiertes Strafgesetzbuch

Das revidierte Strafgesetzbuch (das ursprüngliche Strafgesetzbuch war von der 2. Tagung des V. NVK im Juli 1979 angenommen worden; der Text ist abgedruckt in C.a., 1979/7) ist wesentlich umfangreicher; es enthält jetzt 452 Artikel statt 192. (Vollständiger Text in RMRB, 18.3.97) Eine Revision war wegen der Definierung neuer Straftatbestände im Rahmen der Politik wirtschaftlicher Reformen und der Öffnung nach außen seit Ende 1979 und der Festlegung eines höheren Strafmaßes angesichts der Zunahme bestimmter Straftaten notwendig geworden wie Wirtschafts- und Finanzbetrug, Marktmanipulation, Börsenschwindel, Steuerhinterziehung, Produktpiraterie, Verletzung von Urheberrechten, Schmuggel, Gewaltverbrechen, Drogenhandel und Prostitution. Justizminister Xiao Yang nannte als einen wesentlichen Fortschritt der Revision, daß das Prinzip, jemanden einer Straftat zu überführen und eine Strafe nach dem Gesetz zuzumessen, das Urteilen durch Analogieschlüsse ersetzt habe. (Xinhua, 22.3.97, in SWB, 26.3.97) Die Hongkonger Zeitschrift *Jing Bao* nannte das revidierte Strafgesetzbuch einen "entscheidenden Fortschritt im chinesischen Strafprozeßsystem". Manche sprechen sogar von einem "Meilenstein beim Aufbau eines chinesischen Rechtssystems". (JB, 1997/4, S.53)

Besonders ins Auge fällt, daß das Kapitel "Konterrevolutionäre Straftaten" (*fangeming zui*) (Zweiter Teil: Besonderer Teil, Kapitel 1 des Strafgesetzbuchs) geändert wurde in "Straftaten, die die Staatssicherheit gefährden". Die einzelnen "konterrevolutionären Straftaten" sind nun verschiedenen Kategorien von anderen Straftaten zugeordnet oder bereits im Staatssicherheitsgesetz von 1993 untergebracht worden. (s. den vollständigen Text des Gesetzes in RMRB, 24.2.93)

Lebenslänglich oder mindestens zehn Jahre Gefängnis erhält, wer "mit dem Ausland kollaboriert und die Souveränität, die territoriale Integrität und Sicherheit der VR China gefährdet"; dasselbe Strafmaß erhalten die "Haupttäter oder Personen mit schweren Straftaten" unter denen, die "die Spaltung des Staates und die Zerstörung der Einheit des

Staates", "einen bewaffneten Aufstand oder bewaffneten Aufruhr" oder "den Sturz der Staatsmacht und den Umsturz des sozialistischen Systems organisieren, planen und durchführen" (aktive Teilnehmer werden mit Gefängnis zwischen drei und zehn Jahren bestraft). Mit bis zu fünf Jahren Gefängnis wird bestraft, wer Gerüchte verbreitet oder verleumderische Bemerkungen macht, die gegen den Staat gerichtet sind. Positiv zu vermerken ist, daß die Rechte des Normalbürgers langsam etwas größere Anerkennung finden. Beschuldigte dürfen nur noch bis zu 30 Tage in Untersuchungshaft verbleiben. Auch können Bürger jetzt die Polizei gerichtlich belangen.

Das Kapitel "Straftaten, die die sozialistische Wirtschaftsordnung untergraben" wurde geändert in "Straftaten, die die sozialistische Marktwirtschaftsordnung untergraben". (Zweiter Teil: Besonderer Teil, Kapitel 3) Dieses Kapitel wurde von 15 Artikel auf 92 erweitert! Dem Strafrecht wurde ein neues Kapitel hinzugefügt: "Straftaten der Korruption und Bestechung". (Kapitel 8) Das geänderte Strafgesetzbuch tritt am 1. Oktober 1997, dem Nationalfeiertag, in Kraft.

Neues Landesverteidigungsgesetz

Das erste Gesetz der VR China zur Landesverteidigung soll, so Verteidigungsminister Chi Haotian in einem Interview, die Beziehungen zwischen Partei, Staat und Armee definieren und den Aufbau der nationalen Verteidigung in das Rechtssystem eingliedern. (Xinhua, 18.3.97, in SWB, 25.3.97) In der Verfassung heißt es ausdrücklich: "Die Streitkräfte der Volksrepublik China gehören dem Volk." Und "Die Zentrale [Staatliche] Militärkommission der Volksrepublik China leitet die Streitkräfte des Landes." Diese Militärkommission untersteht wiederum dem NVK. Auch das Landesverteidigungsgesetz unterstreicht, daß die Streitkräfte dem Volk gehören (Artikel 17) und von der Zentralen Militärkommission (ZMK) geleitet werden (Artikel 13). Es ist hier aber nicht explizit von der ZMK der VR China, sondern nur ganz allgemein von einer ZMK die Rede, so daß man es sehr leicht auch auf die ZMK der KPCh beziehen kann, die als Parteiorgan ein viel größeres Gewicht hat als die erst 1982 errichtete staatliche ZMK. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Verankerung der Doktrin Mao Zedongs, daß die Partei die Gewehrläufe kommandiert, im neuen Gesetz. In Ar-

tikel 19 heißt es: "Die Streitkräfte der VR China akzeptieren die Führung der KPCh (*shou Zhongguo gongchandang lingdao*)." Dies kann als eine etwas verklausulierte Formulierung desselben Tatbestands gelten. Auch Chi Haotian hatte in dem Interview betont, daß die Armee eine Armee des Volkes unter Führung der Partei sei und bleiben werde und den Vorrang der Partei vor dem Staat bei der Führung der Streitkräfte mit Zitaten Deng Xiaopings unterstrichen. "Die Partei sollte die Armee kontrollieren, weil die Armee immer unter der Führung der Partei steht." "Die Armee ist eine von der Partei geführte Armee und natürlich die Armee des Staates." "Der Grund für die Stabilität in unserem Land liegt darin, daß die Armee nicht vom Weg der Führung durch die Partei abweicht. Das ist sehr wichtig." "Die Armee ist eine Armee der Landesverteidigung. Die Tradition unserer Armee ist immer die Führung durch die Partei gewesen." Und schließlich: "Ich bin überzeugt, daß unsere Armee immer in der Lage sein wird, ihren eigenen Charakter zu bewahren. Dieser Charakter liegt darin, daß sie die Armee der Partei, die Armee des Staates und die Armee des Volkes ist."

Angehörige der Volksbefreiungsarmee sollen eine bevorzugte Behandlung genießen. So heißt es in dem Gesetz: "Der Staat und die Gesellschaft respektieren militärisches Personal und behandeln es bevorzugt..." (Artikel 7) Und "Bürger sollen eine Erziehung in Landesverteidigung erhalten." (Artikel 52) Ferner sorgen die neuen Bestimmungen dafür, daß die Armee auch gesetzlich zuständig ist für "politische, wirtschaftliche, diplomatische, wissenschaftliche, technologische, erzieherische und andere Aktivitäten, die mit militärischen Angelegenheiten verbunden sind". (Artikel 2)

"Das Gesetz", so der Verteidigungsminister, "deckt nicht nur den Schutz und den Widerstand gegen jede mögliche bewaffnete Invasion von außen, sondern auch die Niederschlagung von bewaffneten heimischen Rebellionen oder bewaffneten Unruhen, die darauf abzielen, das Vaterland zu spalten, die Staatssicherheit zu untergraben und das sozialistische System umzustürzen." (SZ, 7.3.97) Im Gesetz heißt es in Artikel 22: "Das stehende Heer kann, wenn notwendig, bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Einklang mit dem Gesetz mithelfen."

Der Verteidigungshaushalt wird in Zukunft kräftig erhöht werden, ist doch im Gesetz verankert, daß "die Ausgaben für die Landesverteidigung den Erfordernissen der Landesverteidigung und dem Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft entsprechen sollten". (Artikel 35) China, so der stellvertretende Vorsitzende der beiden Militärkommissionen Zhang Wannian, müsse in der Lage sein, "jeden regionalen Krieg zu gewinnen, der mit modernen militärischen Künsten ausgekämpft wird". (SZ, 3.3.97) (Vollständiger Text des Landesverteidigungsgesetzes s. RMRB, 19.3.97; Xinhua, 18.3.97, in SWB, 22.3.97; zu dem Gesetz s. auch JN, 1997/4, S.16f., und ZM, 1997/4, S.40ff.)

Verteidigungshaushalt erhöht

Die Ausgaben für die Verteidigung werden 1997 um 12,7% auf 80,57 Mrd. RMBY (9,7 Mrd. US\$) steigen, das verkündete Finanzminister Liu Zhongli in seinem Bericht über den Staatshaushaltsplan 1997. Im Jahr zuvor hatte das Budget 71,5 Mrd. RMBY betragen. (RMRB, 17.3.97) Die Ausgaben für das Militär steigen somit mehr als doppelt so schnell wie die bisherige Inflation und betragen mehr als viermal soviel wie der gesamte Haushalt für Kultur, Bildung, Wissenschaft und öffentliches Gesundheitswesen. China hatte den Verteidigungshaushalt 1994 um 22%, 1995 um 14,6% und im Vorjahr um 11,3% erhöht. (SCMP, 16.3.97) Cao Gangchuan, Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Rüstungsforschung und -technik und Rüstungsindustrie, monierte, daß das Budget zu gering sei und deshalb viele Forschungsprojekte der Armee verschoben werden müßten. "Wir müssen etwas über drei Millionen Soldaten verpflegen und kleiden", beklagte der General. "Was bleibt dann noch übrig?" (SCMP, 5.3.97) Er sollte wissen, daß Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus verdeckten Quellen stammen.

Nach Angaben von David Shambaugh vom Sigur Zentrum für ostasiatische Studien der George Washington Universität sind die Militärausgaben in China seit 1988 zweistellig gewachsen. Die tatsächlichen Ausgaben für das Militär seien jedoch sehr schwer zu bestimmen, da viele Posten nicht im amtlichen Haushalt auftauche. Man könne die militärischen Ausgaben vier- bis fünfmal so hoch ansetzen wie die offiziellen Angaben. Der amtliche Haushalt werde für Gehälter, Verpflegung, Un-

terkunft und Treibstoff verwendet, während die nicht offengelegten Quellen für Waffenbeschaffung sowie für Forschung und Entwicklung aufkämen. Nach seinen Schätzungen würden 75% des militärischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms über die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik und Regierungsinstitute abgewickelt, und andere Gelder (nämlich Gelder von fünf Gesellschaften, die früher dem Ministerium für Maschinenbauindustrie unterstanden) etwa 75% des Militärbudgets für Waffenkäufe abdecken. Diese Unternehmen, die immer noch dem Staatsrat unterstehen, handeln mit Elektronik, Artillerie, Nukleartechnologie, Schiffbau sowie Luft- und Raumfahrt. Das Internationale Institut für strategische Studien schätzt das tatsächliche Militärbudget auf 32 Mrd. US\$, D. Shambaugh auf 36 Mrd. Die Zahl relativiert sich, wenn man sie mit dem japanischen Militärbudget von 50 Mrd. US\$ im Jahr und den Verteidigungsausgaben von 256,6 Mrd. US\$ in den USA in diesem Haushaltsjahr vergleicht. (IHT, 6.3.97)

Chongqing wird provinzzfreie Stadt

Nach Beijing, Shanghai und Tianjin wird Chongqing, in Chinas südwestlicher Provinz Sichuan gelegen, die vierte provinzzfreie Stadt (Stadt mit Provinzstatus, die der Zentralregierung direkt unterstellt ist). Dieser Beschluß erfolgte auf der 5. Tagung des VIII. NVK am 14. März. 2.403 Delegierte stimmten dafür, 148 dagegen, 133 enthielten sich, und 36 stimmten nicht ab. Zum Großraum Chongqing gehören von nun an die Stadt Chongqing selbst sowie die bezirkfreien Städte Wanxian und Fuling und der Bezirk Qianjiang. (RMRB, XNA, 15.3.97)

Chongqing ist damit die Stadt mit der größten Bevölkerung in der Welt geworden: 30,02 Mio. Menschen leben auf einer Fläche von 82.000 qkm. Vorher war Chongqing mit 5,51 Mio. Menschen die Stadt mit der viertgrößten Bevölkerung in China (ohne die Bevölkerung in den der Stadt unterstehenden Kreisen) hinter Shanghai (9,61 Mio.), Beijing (7,4 Mio.) und Tianjin (5,96 Mio.). (Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 28.3.97, in SWB, 1.4.97) Chongqing wurde 1891 als Vertragshafen geöffnet und 1929 offiziell zur Stadt erklärt.

Parteisekretär ist der 57jährige Zhang Deling, Absolvent der Qinghua-Universität und ehemaliger Minister für Ma-

schinenbauindustrie, amtierender Bürgermeister der 55jährige Pu Haiqing, der die Posten des stellvertretenden Parteisekretärs und Vizegouverneurs von Sichuan innehatte. Zhang Delings Aussage zufolge wird die Metropole eine "bedeutende Rolle beim Bau des Dreischluchten-Projekts und bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Oberlaufs des Changjiang (Yangzi-Fluß) und Zentral- und Westchinas" spielen. Von den eine Million Menschen, die im Rahmen des Staudammbaus umgesiedelt werden müssen, fallen über 80% in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Chongqing. Mit der Ausdehnung des Gebiets, so der Parteisekretär weiter, sei die Zahl der armen Bevölkerung gestiegen und betrage jetzt drei Millionen Menschen, 10% der Gesamtbevölkerung von Chongqing. (XNA, 15.3.97; s.a. RMRB, 17.3.97) -ljk-

*(10)

Erneuter Versuch zur Korruptionsbekämpfung

Die Hauptbüros des ZK der KPCh und des Staatsrats gaben am 24. März die "Bestimmungen darüber, daß leitende Kader wichtige persönliche Angelegenheiten melden müssen" heraus. Über folgende Vorfälle sollen die Kader innerhalb eines Monats der betreffenden Parteiorganisation Bericht erstatten:

1. wenn sie, ihre Ehepartner oder Kinder, die bei ihnen leben, Wohnungen in Privatbesitz bauen, kaufen, verkaufen oder vermieten und am Wohnungsbau mit kollektiv beschafftem Kapital teilnehmen;
2. wenn sie selbst an der Abwicklung von Hochzeiten, Beerdigungen oder freudigen Ereignissen, bei denen sie selbst oder nahe Verwandte involviert sind, beteiligt sind;
3. wenn sie oder ihre Kinder Ausländer heiraten und ihre Ehepartner und Kinder sich im Ausland niederlassen;
4. wenn sie private Auslandsreisen unternehmen und im Ausland tätig werden;
5. wenn gegen ihre Ehepartner oder Kinder von Organen der Gesetzes- und Disziplinvollstreckung ermittelt wird oder diese im Verdacht stehen, eine Straftat begangen zu haben;
6. wenn ihre Ehepartner oder Kinder individuell oder privat betriebene Industrie- und Handelsunternehmen führen oder staatseigene und kollektive Industrie- und Handelsunternehmen vertraglich übernehmen und

pachten, diese in mit Auslandskapital finanzierten Unternehmen in leitender Stellung beschäftigt oder von ausländischen Unternehmen oder Unternehmen in Hongkong, Macau und Taiwan in Vertretungen in China oder auf dem Territorium in leitender Stellung beschäftigt werden.

Danach folgt die wohlmeinende Aufforderung, leitende Kader sollten auch andere wichtige Angelegenheiten, die ihnen berichtenswert erschienen, melden. (RMRB, 25.3.97; Xinhua, 24.3.97, in SWB, 27.3.97)

Punkt 2 soll anscheinend Bestechungen in Form von Hochzeitsgeschenken oder Trauergeldern verhindern.

Was das wirtschaftliche Engagement von Angehörigen leitender Kader anbetrifft (Punkt 6), veröffentlichte die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* einen Bericht über ein Rundschreiben der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission, der ZK-Organisationsabteilung und des Ministeriums für Verwaltungskontrolle mit dem Titel "Einige Meinungen zur Tätigkeit von Familienangehörigen leitender Kader im Wirtschafts- und Finanzbereich". Dieses Zirkular war vom ZK der KPCh und vom Staatsrat am 13. Januar 1997 in Umlauf gesetzt worden. Darin werden die Aktivitäten von Kindern und anderen Familienangehörigen hoher Kader im Wirtschafts-, Finanz- und Handelssektor im Inland, im Wirtschafts- und Handelssektor in Hongkong und Macau sowie bei joint ventures als ein Störfaktor im Verhältnis von Partei und Bevölkerung und als ein Problem beim Kampf gegen die Korruption und beim Aufbau einer rechenschaftlichen Regierung angesehen, weil nicht wenige Kaderkinder die Stellung ihrer Eltern ausnutzten, um sich mit illegalen Geschäften zu bereichern. Dies schade nicht nur der normalen "sozialistischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzordnung", sondern übe auch einen negativen Einfluß in der Gesellschaft aus und störe die gesellschaftliche und politische Stabilität. Deshalb dürften Familienangehörige und Kinder von leitenden Kadern (auch von solchen im Ruhestand), die nicht speziell die Fächer Wirtschaft und Finanzen studiert hätten, in Hongkong, Macau und in Übersee in Wirtschafts- und Handelsorganen keine Führungsstellen übernehmen (einschließlich Vorstandsvorsitzender, Vorstandsmitglied, Generaldirektor, stellvertretender Generaldirektor, Geschäftsführer etc). Sie dürften auch nicht unter irgendeinem Namen im

Wirtschafts- und Finanzbereich und in Wirtschafts- und Handelsorganen chinesisch-ausländischer Zusammenarbeit einen Posten antreten oder ein vergütetes Ehrenamt bekleiden. Außerdem sei ihnen verboten, unter dem Namen eines Familienangehörigen oder durch einen Familienangehörigen im Finanzbereich tätig zu werden und Aktien, Schuldscheine oder Grundbesitz zu verkaufen. Und schließlich müßte eine Prüfung und Genehmigung durch die zuständigen Stellen der Provinz oder der Zentrale erfolgen, wenn sie mit Kapital aus Hongkong, Macau, Taiwan und Übersee im Inland ein joint venture betreiben wollten; dazu gehöre auch die Überprüfung ihres Investitionskapitals und Vermögens. (ZM, 1997/2, S.15f.)

Der weitere Ablauf des Verfahrens und mögliche Folgen für den leitenden Kader bleiben in den jetzt herausgegebenen "Bestimmungen" ziemlich vage. Die Berichte müßten an die nächsthöhere Ebene weitergegeben werden, und es sei Geheimhaltung zu wahren; in bestimmten Fällen könnten sie allerdings "in einem gewissen Rahmen" veröffentlicht werden. Falls über obengenannte Vorgänge von einem leitenden Kader nicht oder falsch berichtet würde, sollte die Organisation seiner Arbeitseinheit "ihn kritisieren und erziehen, ihn den Fehler in einer bestimmten Zeit korrigieren lassen und ihn prüfen und ihn in einem Rundschreiben in einem gewissen Rahmen kritisieren".

Die Hauptbüros des ZK der KPCh und des Staatsrats hatten 1995 bereits ein Rundschreiben über "Bestimmungen zur Einkommenserklärung leitender Kader in Partei und Regierung auf Kreis-(Abteilungs-)Ebene und darüber" herausgegeben. (S. RMRB, 25.5.95) -ljk-

*(11)

Dramatiker Wu Zuguang plädiert für Neubewertung des "4. Juni"

Wie die Hongkonger Zeitung *Xingdao Ribao* meldete, sprach sich auf einem Treffen der Literatur- und Kunstgruppe während der 5. Tagung des VIII. Nationalen Komitees der PKCV der Dramatiker Wu Zuguang für eine Neubewertung des "Ereignisses vom 4. Juni" 1989 aus, das China und die Welt erschüttert habe. "Die Studenten haben nicht rebellierte", sie hätten nur gegen die wachsende Korruption demonstriert. Die Niederschlagung der Demonstrationen sei vom damaligen Parteisekretär Chen Xitong, der in einen Korruptions-

skandal verwickelt ist, und anderen Parteikadern [hier spielte Ministerpräsident Li Peng eine maßgebliche Rolle] verursacht worden, die Deng Xiaoping falsche Berichte über die Situation gegeben hätten. Der 85jährige Wu Zuguang, Autor von *Phönix-Stadt*, soll sich dafür ausgesprochen haben, Chen Xitong zweimal zum Tode zu verurteilen, einmal wegen seiner Verwicklung in die Bestechungsaffäre, und zum zweiten Mal dafür, daß er die Wahrheit über den "4. Juni" verborgen und Deng Xiaoping irregeführt habe, indem er den Ruf der Studenten nach Bekämpfung der Korruption als Widerstand gegen die Führung durch die Partei hingestellt habe.

Wu Zuguang nannte es ungerecht, wenn im Zusammenhang mit den "Juni-Ereignissen" immer Deng Xiaopings Name genannt werde. "Deng Xiaoping war sich nicht unbedingt über die Gesamtsituation im klaren." "Wir sollten die Dinge in Ordnung bringen." Er hoffe, daß eine Untersuchung die allgemeine Ansicht, daß Deng die Niederschlagung angeordnet habe, revidieren werde. (*Xingdao Ribao* [Sing Tao Jih Pao], Hongkong, 14.3.97, in SWB, 17.3.97; SCMP, 15.3.97; zu Wu Zuguang s.a. ZM, 1997/4, S.64) -ljk-

*(12)

Regionaler PKCV-Vorsitzender fordert Maßnahmen gegen "Neureiche"

Der Vorsitzende des PKCV-Komitees der Provinz Jiangsu, Sun Han, Delegierter auf der 5. Tagung des VIII. Nationalen Komitees der PKCV, kritisierte im Rahmen der Tagung, daß in China viele Leute mit unredlichen Mitteln über Nacht zu Reichtum gelangten - dies meldete die *Shanghai Jugendzeitung*. Die Kluft zwischen Arm und Reich werde dadurch verursacht, daß viele versuchten, sich auf illegale oder unsaubere Weise schnell zu bereichern, zitierte die Tageszeitung den Delegierten. 1978 hätten 20% der Bevölkerung Chinas am unteren Ende der Einkommensleiter 6,28% des Gesamteinkommens erhalten, während die obersten 20% 39,3% bekommen hätten. 1994 wären nur 4,27% an die Armen gegangen, 50,24% dagegen hätten die Reichen an sich gerissen. Einige private Unternehmer, so der 68jährige Landwirtschaftsexperte weiter, seien durch Ausbeutung ihrer Beschäftigten reich geworden; diese müßten Überstunden leisten und litten unter schwerer Arbeitsbelastung, während ihre Chefs sich

auf jede nur mögliche Weise um das Zahlen von Steuern drückten. Unternehmer könnten staatliche Vermögenswerte oder Profite aufgrund ihrer Verbindungen zu staatlichen Betrieben in die eigene Tasche transferieren. Manche Leute, die früher in leitender Stellung in Staatsbetrieben tätig gewesen seien und ihre Arbeit dort aufgegeben hätten, um freie Unternehmer zu werden, nützten ihre frühere Stellung und Macht aus, um sich Vorteile für ihre Firma zu verschaffen. Andere seien zu Reichtum gelangt, indem sie öffentliche Gelder veruntreut und Bestimmungen verletzt hätten, um in Aktien, Termingeschäfte oder Grundstücke zu investieren. Künstler, Filmschauspieler, Sänger und Modelle seien Millionäre geworden, weil sie überhöhte Gagen verlangt hätten. Sun Han wandte sich dagegen, daß Staatsmonopole absichtlich neue Preise festlegten und dann regelmäßig die Kosten erhöhten. Auch sollten Einnahmen des Staates nicht mehr als Bonus oder Gewinn an Einzelpersonen verteilt werden. "Diese Verteilung führt nur zur Spaltung in der Industrie und stellt ungleichen Wettbewerb dar." (Nach SCMP, 7.3.97) -ljk-

*(13)

Wei Jingsheng und Wang Dan bald im Ausland?

Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* plant die chinesische Regierung, Dissidenten wie Wei Jingsheng und Wang Dan nach ihrer Freilassung ins Ausland gehen zu lassen. Das Außenministerium soll dem Ständigen Ausschuß des Politbüros einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet haben. In seinen "Meinungen darüber, feindliche Elemente, die eine Gefängnisstrafe verbüßen, nach ihrer Freilassung ins Ausland gehen zu lassen" heißt es, daß in dem Fall die antichinesischen und antikommunistischen Kräfte im Westen ihr Kapital verspielt hätten, diese Leute zu benutzen, um feindliche Aktivitäten und Propaganda auszuführen; so würde in einem gewissen Ausmaß die Wirkung ihrer Aktivitäten auf die gesellschaftliche und politische Stabilität in China reduziert. "Alle feindlichen Elemente", so heißt es in dem Bericht, "die in den Westen gegangen sind, die sogenannten 'Demokratiekämpfer' und 'politischen Dissidenten', können nur für eine bestimmte Zeit als Werkzeug des Westens dienen." Nachdem die Dissidenten eine Weile im Ausland gelebt hätten, könne man auch ihre Familienangehörigen ausreisen las-

sen. Falls die Dissidenten und ihre Angehörigen sich antichinesischen, feindlichen Organisationen anschließen und sich auf feindliche Aktivitäten einlassen würden, würde ihr Paß zurückgenommen, und sie dürften nicht wieder nach China zurückkehren.

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und der NVK-Vorsitzende Qiao Shi drückten am 6. und 7. März in schriftlichen Anweisungen auf diesem Bericht ihre Zustimmung aus. Jiang Zemins Anweisung lautete: "Die betreffenden Stellen sollen danach verfahren. Die Würde des Gesetzes zu wahren, entschlossen den Aktivitäten der feindlichen Kräfte einen Schlag zu versetzen und ausländische Einmischung zu bekämpfen, das ist ein großes Prinzip." Li Peng schrieb: "Man soll nach den betreffenden Bestimmungen verfahren. Diejenigen, die im Inland Unruhe stiften und die Verfassung herausfordern, müssen bestraft werden. Wenn sie außer Landes gehen, als antichinesisches Werkzeug des Westens dienen und Demokratiehelden des Westens werden wollen, werden wir sie nicht daran hindern." Und Qiao Shi merkte an: "Die subversiven und aufwiegenden Aktivitäten feindlicher Kräfte muß man bekämpfen. Wenn der Westen die feindlichen Kräfte aufnehmen will, soll man sie zu angemessener Zeit nach ihrer Freilassung ausreisen lassen."

Auch das Parteikomitee des Ministeriums für öffentliche Sicherheit befürwortete die Erlaubnis zur Ausreise von Dissidenten. Allerdings sollten sie verpflichtet werden, sich im Ausland nicht auf gegen das sozialistische System gerichtete Aktivitäten einzulassen oder an antichinesischen und antikommunistischen Aktivitäten teilzunehmen. So würde nicht nur das Rechtssystem geschützt, sondern auch die Atmosphäre gesellschaftlicher Stabilität verbessert, und eine positive Wirkung auf die internationale Gemeinschaft erzielt. Wei Jingsheng und Wang Dan könnten ausreisen, anders sehe es im Fall Bao Tong aus. Bao Tong, einst Zhao Ziyangs Sekretär, politischer Sekretär des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Direktor des ZK-Forschungsbüros für politische Reformen, müsse im Land bleiben, da er sich mit geheimen Partei- und Staatsmaterialien befaßt habe.

Der Generalsekretär des Staatsrats und Staatsratskommissar Luo Gan meinte zu einer möglichen Ausreise von Wei Jingsheng und Wang Dan, diese Entschei-

dung sei gefällt worden, weil es der politischen Stabilität im Land nütze und es sich im Rahmen der Gesetze bewege. Wenn Dissidenten sich weigerten, ins Ausland zu gehen, oder weiter als Werkzeug des Westens dienen wollten, so ändere das auch nichts an der Gesamtsituation. Die Freilassung von Dissidenten sollte in einem ruhigen Klima und mit möglichst geringer ausländischer Publizität erfolgen. (ZM, 1997/4, S.6f.)

In jüngster Zeit haben sich Verwandte der beiden Dissidenten wieder an die Öffentlichkeit gewandt. Wang Dans Mutter Wang Lingyun machte eine Eingabe an den Volkskongreß (eine von den wenigen Petitionen angesichts einer immer stärkeren Kontrolle durch die Behörden) (SCMP, 2.3.97), und Wei Jingshengs Schwester Wei Shanshan bat den amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore in einem Brief, sich bei seinem China-Besuch für ihren Bruder einzusetzen. (SCMP, 25.3.97) -ljk-

*(14)

Bombenanschlag in Beijing

Wird das bis dato relativ unbekanntes Phänomen des Terrorismus auch in China ein Tatbestand, mit dem die Bevölkerung im Alltag zu leben hat? Zum erstenmal erlebte Beijing einen Terrorakt in Form eines Bombenanschlags. Am Abend des 7. März explodierte in der Buslinie 22 auf einer Hauptverkehrsstraße (Nördliche Xidan-Straße) im Westen der Hauptstadt eine anscheinend selbstgebastelte Bombe. Nach offiziellen Angaben mußten zehn Menschen ins Krankenhaus eingeliefert werden, es gab aber keine Toten. Eine "Organisation für die Freiheit Turkestans" schickte ein Bekenner schreiben an die taiwanische Zentrale Nachrichtenagentur in Ankara. Sie sprach von drei Toten. In Kasachstan ansässige Exil-Uiguren dementierten diesen Bericht, eine Organisation dieses Namens existiere gar nicht. (SZ, 10.3.97) Nach den Anschlägen im Autonomen Gebiet Xinjiang im Februar ein neuer Terroranschlag von Separatisten? Nach Aussagen des Ministers für öffentliche Sicherheit, Tao Siju, und des Beijinger Bürgermeisters Jia Qinglin deutet nichts auf eine solche Verbindung hin. Die Bomben unterschieden sich, in Xinjiang wurde TNT benutzt, was beim Attentat in Beijing zu einer Katastrophe geführt hätte. (AW, 21.3.97) Eine Sondereinheit der Polizei zur Untersuchung des Anschlags wurde eingesetzt und eine

Belohnung für Hinweise auf den Täter ausgesetzt. Die Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt - ohnehin schon schärfer wegen der Tagung des Nationalen Volkskongresses - wurden noch einmal verstärkt. Zwei Tage vorher war bereits in der Nähe eines Einkaufszentrums im Stadtbezirk Chaoyang eine Bombe explodiert, wobei es aber keine Verletzten gegeben hatte. Bei beiden Anschlägen handelt es sich wahrscheinlich um denselben Täter; Methode und Materialien gleichen sich. Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* soll ein Waschmaschinen-Reparateur als Tatverdächtiger festgenommen worden sein. (15.3.97, in SWB, 18.3.97) Wie Tao Siju bestätigte, hat es eine Bombendrohung in der Beijinger U-Bahn gegeben, die sich aber als "Scherz" herausstellte. (*Ming Bao*, Hongkong, 15.3.97, in SWB, 18.3.97)

Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen und Anschlägen in Xinjiang letzten Monat sind 15 Personen festgenommen worden (sechs Personen - alle in den 30er Jahren und ohne Arbeit - wegen des Aufruhrs in der Stadt Yining, bei denen es neun Tote und 198 Verletzte gegeben hatte, und neun Personen - acht Uiguren und ein Han-Chinese - wegen der drei Bus-Bombenanschläge in Urumqi mit neun Toten und 74 Verletzten). Als Anführer wurde der 29jährige Uigure Abudu Heilili identifiziert, der als Organisator einer antichinesischen Demonstration in Yining im August 1995 festgenommen worden war. (SCMP, 21.3.97) Das Urteil soll noch vor dem 18. April, dem Tag des muslimischen Corban-Fests, ausgesprochen werden.

Die Tageszeitung *Xinjiang Ribao* schrieb am 11. März, daß sich die muslimischen Separatisten in politische Parteien mit Programmen organisiert hätten und mit vielen anderen Exilgruppen zusammenarbeiteten. Sie hätten "Universitäten, Mittel- und Grundschulen sowie Fabriken infiltriert und riefen offen nach Arbeiter-, Lehrer- und Schülerstreiks und wiegelten dazu auf". (Nach SCMP, 18.3.97)

Um nach außen hin die Einheit der chinesischen Nation und den Zusammenschluß des Han-Volkes mit den anderen Nationalitäten zu demonstrieren, brachten die *Volkszeitung* und andere nationale Zeitungen am 12. März auf der Titelseite ein Photo von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, dem das PKCV-Mitglied Kerim, ein Sänger, Glückwünsche der Bevölkerung von Xinjiang übermittelte.

Einer Meldung der *South China Morning Post* zufolge ist ein Plan, 50.000 bis 100.000 Menschen im Rahmen des Drei-Schluchten-Staudamm-Projekts nach Xinjiang umzusiedeln, fallen gelassen worden. Xinjiangs Parteisekretär Wang Lequan und andere Führer des Autonomen Gebiets sollen sich dagegen ausgesprochen haben, denn ein solches Vorgehen hätte unter den dort lebenden Nationalitäten nur neue Unruhe geschürt. (SCMP, 20.3.97) -ljk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(15)

Staatlicher Fonds für wissenschaftliche Publikationen

Angesichts der Krise des wissenschaftlichen Publikationssektors (vgl. C.a., 1997/2, Ü 15) hat der Staat jetzt einen Fonds zur Unterstützung wissenschaftlich-technischer Publikationen gegründet. Kürzlich wurden probeweise "Durchführungsbestimmungen für die Verwaltung des Staatlichen Fonds für wissenschaftlich-technische Publikationen" erlassen (abgedruckt in GMRB, 20.3.97, S.2). Aus dem Fonds kann die Veröffentlichung hervorragender naturwissenschaftlicher und technischer Werke finanziert werden. Die Verteilung der Gelder erfolgt auf Antrag im Wettbewerb und durch Gutachterverfahren. Der Fonds wird von einer Kommission verwaltet, die sich aus Vertretern der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, dem Finanzministerium, dem Staatlichen Büro für Presse- und Publikationswesen, der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft und -industrie, der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung sowie Wissenschaftlern und Fachverlegern zusammensetzt.

Für ein wissenschaftliches Werk kann ein Höchstbetrag von 100.000 Yuan bewilligt werden. Die Unterstützung kann für folgende Arbeiten gewährt werden:

1. Wissenschaftliche Monographien, die das Ergebnis jahrelanger systematischer, eingehender Forschung